

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forst-

Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Tharandt.

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 4.

Verlags- und Druckerei: Leipzig Nr. 28614

Nr. 159

Mittwoch den 14. Juli 1920

79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Verbot, unreife Kartoffeln auszunehmen.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Frühkartoffelernte wird auf folgendes hingewiesen:

I.

Die Verordnung über die Kartoffelverfälschung vom 18. Juli 1918 (RVO. S. 737 ff.) enthält folgende noch gültige Bestimmungen:

§ 11. Die Kartoffelerzeuger sind verpflichtet, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können nähere Anordnungen treffen.

§ 18. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Vorschriften in § 11 oder den auf Grund von § 11 erlassenen Bestimmungen zuwider handelt.

Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

II.
Ein Verstoß gegen die Vorschrift, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten, liegt vor, wenn Kartoffeln unreif der Erde entnommen werden, gleichgültig, ob es sich dabei um frühe, späte oder sonstige Kartoffeln handelt.
Dresden, am 9. Juli 1920.

974 VLA IV.

Wirtschaftsministerium.

Donnerstag den 15. Juli 1920 nachmittags 6 Uhr öffentliche gemeinschaftliche Sitzung des Rats und der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.
Wilsdruff, am 13. Juli 1920.

Der Bürgermeister.

Keine Zeitung für eilige Leser.

- Die deutsche Regierung hat in Spa ein umfangreiches Gutachten über die Wiedergutmachung überreicht.
- Die erste Zusammenkunft der Völkerverbändeversammlung ist auf den 15. November festgesetzt worden.
- Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen brachte einen überwältigenden Sieg des Deutschtums. In Ostpreußen sprachen sich 97,9 % der Bevölkerung für Deutschland aus, 2,1 % für Polen, in Westpreußen 92 % für Deutschland und 8 % für Polen.
- Der frühere deutsche Vorkämpfer in Wien macht neue aufsehenerregende Mitteilungen über den Verrat Kaiser Karls.
- In Bayern haben die Mehrheitsparlamentarier die Beteiligung an der Regierung abgelehnt.

Ein Tag der Freude.

Nicht nur für alle Ost- und Westpreußen, für alle Deutschen wird der 11. Juli 1920 mit goldenen Letzern für Zeit und Ewigkeit im Buche der vaterländischen Geschichte verzeichnet bleiben. Mit einer fast an Einmütigkeit grenzenden, die höchsten Erwartungen weit hinter sich zurücklassenden, überwältigenden Mehrheit haben sich die beiden Wahlmännchen zum Deutschtum bekannt, zu diesem niedergetretenen, sich in Todesängsten windenden, wüßigen Betrugswort haben Deutschtum. Man weiß nicht, welche Niederlage größer ist, die die herrsch- und ländersüchtigen Polen jetzt zu erleiden haben: die wachsenden Schläge, die an der Ostfront auf sie herniederfallen, oder dieser an Entschiedenheit gar nicht mehr zu überbietende Volkstrost in Ost- und Westpreußen gegen ein Verfall in polnische Unterdrückung. Der Zusammenbruch an der Westfront und am Ostjoch mag die Warschauer Herren unvorhergesehen getroffen haben. Die zerschmetternde Niederlage in Allenstein und Marienwerder hätten sie bei einigem guten Willen voraussehen — und deshalb vermeiden können. Aber ihre Eroberungsgier raubte ihnen die Besinnung, und so wiegen sie sich unbegreiflicherweise in der Erwartung, daß es ihnen mit rechten oder falschen Mitteln gelingen würde, neben dem berühmten „Korridor“ auch noch weitere deutsche Grenzgebiete in ihre Gewalt zu bringen. Jetzt ist, wie zuvor in der zweiten Schleswigischen Zone, diese von Anfang an verfehlte Spekulation für immer unumkehrbar gemacht worden. Den Schaden haben die Polen, und für den wollebedienten Spott brauchen sie nun nicht mehr zu sorgen. Den Schaden hat aber auch die Entente, die sich zu diesem widerwärtigen Spiel um Völkerschicksale hergegeben hat. Und darüber ist denn doch heute ein besonderes Wort zu sagen.

Die Entente glaubte wunder wie gerecht und maßvoll zu verfahren, als sie die von den Polen in Anspruch genommenen Ost- und westpreussischen Abstammungsgebiete nicht geradenwegs zu Polen schenkte, sondern ihnen das Recht zur Selbstbestimmung einräumte. Sie unterlag dabei dem frevelhaften Spiel der Polen, die ihr einzureden verstanden, daß es sich hier im Grunde um polnisches Land und polnisches Volk handele, das nur durch die preussische Fuchsel vergewaltigt, seinen wahren nationalen Herzensneigungen entzogen worden sei. Um dieser erlogenen, bewusst einseitigen und direkt auf Täuschung gerichteten Information willen ist nun eine Bevölkerung von Hunderttausenden von Seelen, man kann schon sagen jahrelang in die schwerste Unruhe veretzt, ist ein gewaltiger Apparat von internationalen Kommissionen aufgezogen worden, um eine Abstimmung vorzubereiten und durchzuführen, die sich jetzt als eine elende Komödie entpuppt hat. Mit ungleich mehr Recht als für Allenstein und Marienwerder hätten die Polen für Osen und Bochum, für Dortmund und Seine Volksabstimmungen fordern können, denn dort sind wirklich Hunderttausende ihrer Landesleute schon seit Jahrzehnten angesiedelt; hätten sie die gleiche Förderung sogar für die deutsche Reichshauptstadt stellen können, die sich auch eines ganz natürlichen polnischen Einflusses zu erfreuen hat. Die Entente möchte jetzt wenigstens einsehen, welchem unverantwortlichen Kaufspiel sie zum

Opfer gefallen ist, welches schmachliche Unrecht sie einer geisteten Bevölkerung angetan, indem sie sie unter erheblichen materiellen und ideellen Opfern zu einem Bekenntnis nötigte, das wirklich für jeden Kenner der Verhältnisse die platteste Selbstverleumdung von der Welt war. Auf die ihnen damit angetane Verleumdung haben unsere Ost- und Westpreußen mit herzerhebender Deutlichkeit geantwortet. In diesem Punkte wenigstens ist der Vertrag von Versailles numerisch erledigt. Den Schaden hat, wie gesagt, auch die Entente zu tragen.

Aber damit allein ist die Bedeutung des 11. Juli nicht abgetan. Der polnische Korridor, den man uns, ohne die Bevölkerung zu befragen, gewaltsam entzogen hat, er muß jetzt ganz von selbst wieder mit erhöhter Wucht danach verlangen, daß auch ihm sein natürliches Recht werde. Städte mit Acht- bis Neunzehntel deutscher Bevölkerung sind durch einen Federstrich an die Polen ausgeliefert worden. Für den Augenblick mußte das Land und mußte das Deutsche Reich sich diesem Rechtspöbel beugen. Aber man glaube nur ja nicht, daß die Dinge damit für immer abgetan sind. Das Blut des vergewaltigten Volkes schreit zum Himmel, und es wird nicht eher Ruhe geben, als bis der natürliche Stand der Dinge auch hier wieder zu seinem Rechte gekommen ist. Die Grenzen von 1772 wollten die Polen im Osten wieder hergestellt sehen, und sind dabei von den Russen mit blutigen Köpfen heimgesucht worden. Im Westen hat ein Nachspruch der Entente genügt, um ferndeutsche Grenzgebiete ihrer imperialistischen Unersättlichkeit auszuliefern. Aber in „Bomerellen“ fühlt heute schon jedes Kind die Unhaltbarkeit dieser Herrschaft, die innere Hohlheit dieses Staatswesens, das kaum mit künstlichen Mitteln zur Welt gebracht, schon unaufhaltbarem Untergang verfallen ist. Der Belehrung durch Worte, durch Bitten und Vorstellungen ist die Entente nicht zugänglich gewesen. Nun sollte sie wenigstens den Tatsachen, die sie selbst hervorgerufen hat, die ihnen zunehmende Bedeutung einräumen. In Zeiten tiefer Not wenigstens wieder einmal ein Tag der Freude, ein Hoffnungsstimmer, der auf die Weiterkehr besserer Zeiten hinweist. An dieser Hoffnung wollen wir festhalten, was auch noch kommen möge.

Die vorläufigen Abstimmungszahlen.

Der Sieg der Deutschen in Ost- und Westpreußen gestaltet sich nach dem vorläufigen Abstimmungsergebnis noch überwältigender, als die ersten einlaufenden Nachrichten es erwarten ließen. Abgegeben wurden in

Westpreußen: 99 316 Stimmen, davon 91 634 deutsch, 7682 polnisch, demnach 92 % deutsch, 8 % polnisch, 29 kleine Ortsgemeinden stehen noch aus.

Ostpreußen: 361 063 Stimmen, davon deutsch 353 655, polnisch 7408, also 97,9 % deutsch, 2,1 % polnisch, 63 kleine Wahlbezirke stehen noch aus.

Überall, sowohl in Ost- wie Westpreußen, ist der Tag ruhig verlaufen. Zwischenfälle kamen nicht vor, die Abstimmung vollzog sich in der Zeit von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr. Die das Gebiet überall durchziehenden Kommandos der Besatzungstruppen sandten keinen Anlaß zum Einsprechen.

Einige gefährdete Grenzorte.

Eine polnische Mehrheit weisen im Landkreis Allenstein die Orte auf:

	deutsch	polnisch
Groß-Lesano	67	92
Schillings	16	17
Remitten	51	118
Kreis Dierode: Rappern	43	45
Georgental	2	20
Kreis Heidenburg:		
Turan Kirschen	13	33
Turan Rittergut	15	15
Kreis Bilschburg:		
Rössel Jäbrodaj	20	23

Diese Ortsgemeinden mit polnischer Mehrheit könnten als ernstlich gefährdet gelten, da sie hart an der polnischen

Grenze liegen und deshalb möglicherweise den Polen nach einer Bestimmung des Vertrages von Versailles zugeprochen werden könnten. Die übrigen Orte mit polnischer Mehrheit liegen als winzige Inseln mitten im deutschen Gebiet.

Die Wiedergutmachungspläne

Deutschlands Vorschläge.

Trotzdem in Spa über die Kohlenfrage keine Einigung erzielt werden konnte, hat sich die deutsche Delegation bereit erklärt, ihre Pläne betreffend die Wiedergutmachung und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete vorzulegen. Sie bemerkt allerdings ausdrücklich dazu, daß dieser Vorschlag unverbindlich sei, solange nicht die Kohlenfrage in befriedigender Weise gelöst sei. Nachstehend lassen wir den wesentlichen Inhalt des deutschen Wiedergutmachungsvorschlages folgen.

Die Grenzen der Leistungsfähigkeit.

Zunächst befaßt sich der Vorschlag mit den besonders von Frankreich geforderten Sachleistungen und den dazu bereits in Berlin überreichten Listen. Sodann heißt es weiter:

1. Die Deutsche Regierung sieht den Zweck der jetzigen Verhandlungen darin, daß versucht werden soll, zu einer vereinbarten endgültigen Regelung ihrer gesamten Reparationspflichten zu gelangen.

2. Die Deutsche Regierung weist darauf hin, daß nach ihren Berechnungen die bis zum 1. Mai 1921 zu zahlenden 20 Milliarden Mark Gold nicht nur schon jetzt geleistet sind, sondern daß bereits ein sehr erheblicher höherer Betrag gezahlt ist. Unterlagen stehen zur Verfügung.

3. Eine Regelung für die Zukunft, die die Deutsche Regierung als erfüllbar anerkennen soll, kann nur nach der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands bemessen werden. Hierbei ist besonders die Notwendigkeit zu berücksichtigen, den deutschen Staat zu balancieren. Sonst werden rasch wachsende weitere schwebende Verschuldung und Inflation jede Leistungsfähigkeit untergraben.

Für das Maß der deutschen Leistungsfähigkeit verweist die deutsche Regierung auf die überreichten Denkschriften. Sie geht davon aus, daß insbesondere keine weitere Schmälerung der Grundlagen der schon fast geschwunden deutschen Volkswirtschaft eintritt und die unentbehrlichen wirtschaftlichen Hilfsquellen wieder gewonnen werden. Namentlich muß Deutschland die notwendigen Lebensmittel, Futtermittel, Dünge- und sonstige Rohstoffe zu angemessenen Zahlungsbedingungen einfließen lassen.

Höchstsummen und Jahresleistungen.

Sodann schneidet der deutsche Vorschlag die wichtige Frage der einzelnen Jahresleistungen an, wobei sich unter Zugrundelegung der deutschen Leistungsfähigkeit folgendes ergibt:

a) Die Entschädigungspflicht ist in Annuitäten auszudrücken; die Mindesthöhe der Annuität ist festzusetzen.

b) Die Pflicht zur Zahlung von Annuitäten wird auf die im Vertrage von Versailles genannte Frist von 30 Jahren begrenzt.

c) Die Mindestannuität ist heranzu bemessen, wie es auf Grund der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit irgend möglich ist. Sie umfaßt daher alle Verpflichtungen Deutschlands zu Sach- und Geldleistungen nach dem Vertrage von Versailles, also insbesondere auch die Verpflichtung zur Erstattung der Kosten der Okkupationsarmee.

d) Die Annuitäten werden zum Teil durch die Sachleistungen, die auf Grund des Vertrages von Versailles zu bewirken sind, gedeckt. Diese Sachleistungen sind grundsätzlich zum Weltmarktwert anzusetzen. Zu einem bestimmten anderen Teil sollen die Annuitäten in bar gezahlt werden; soweit Deutschland Sachleistungen machen wird, die den durch die Sachleistungen zu bewirkenden Teil der Annuitäten übersteigen, sind in bar zum Weltmarktwert zu bezahlen.

e) Da die wirtschaftliche Entmutigung der nächsten 30 Jahre heute nicht zu überblicken ist, soll eine Befreiung der allierten Regierungen an einer wesentlichen Verringerung der Annuitäten